

Libyen versucht ein Staat zu werden; Die neuen Machtzentren Libyens befinden sich auf der lokalen Ebene. Hier herrscht ein harter politischer Konkurrenzkampf, es kommt auch zu Gefechten zwischen Milizen. Warnungen vor einem Auseinanderbrechen des Landes sind aber verfrüht.

in: Neue Zürcher Zeitung, 2. April 2012, S. 17
785 Wörter

© Neue Zürcher Zeitung, <http://www.nzz.ch>
Publikation mit ausdrücklicher Zustimmung der Neuen Zürcher Zeitung.

Von Wolfram Lacher

In den letzten Wochen warnten Beobachter angesichts von wachsenden Autonomiebestrebungen bereits vor einem Auseinanderbrechen Libyens. Doch diese Kommentare sind irreführend. Es fand zwar in Barka (so der arabische Name für die Cyrenaika, den Nordosten Libyens) eine Konferenz für Autonomie und Föderalismus statt, und die Teilnehmer erhoben den Anspruch, für ihre Region zu sprechen. Doch führte dies zu heftigen Reaktionen in der Cyrenaika gegen die Initiative. Dass die Autonomie-Vertreter überhaupt diesen Versuch unternahmen, spricht Bände über das Legitimitätsdefizit des Nationalen Übergangsrates.

Wütende Reaktionen

Falsch war auch der Fokus auf die angeblichen Spannungen zwischen dem Westen und dem Osten Libyens oder zwischen dem Übergangsrat und den Föderalisten. Viel wichtiger ist, dass mächtige Akteure im Nordosten die Initiative nicht akzeptieren. Grössere Demonstrationen gegen die Konferenz fanden in allen Städten der Region statt: Benghazi, Darna, Baida und Tobruk. Die lokalen Räte dieser Städte sprachen sich gegen regionale Autonomie aus und weigerten sich, den Rat anzuerkennen, den die Konferenz eingesetzt hatte. Damit hat der Barka-Rat kaum Aussichten, die Region verwalten zu können. Die grösste Milizen-Vereinigung des Nordostens kündigte ihren Widerstand an. Ein Militärat, dem Teile der regulären Armee in der Region unterstehen, distanzierte sich; die Muslimbrüder protestierten ebenfalls.

Vertreter von Föderalismus und regionaler Autonomie besitzen in der Cyrenaika zweifellos grösseren Einfluss als in anderen Regionen. An der Konferenz nahmen wichtige Stammespolitiker und Intellektuelle teil. Die prominenteste Figur war Ahmed Zubair as-Sanussi, der zum Vorsitzenden des Barka-Rates ernannt wurde. Sanussi ist ein Mitglied der einstigen Königsfamilie, die Libyen von 1951 bis 1969 regiert hatte. Doch die anwesenden Würdenträger konnten nicht als politische Vertreter ihrer Stämme agieren. Andere Führungsfiguren sprachen sich gegen die Initiative aus.

Städte und Stämme

Neben der Welle von Protesten gegen die Autonomieerklärung gibt es tiefergehende Gründe, warum föderalistische Bestrebungen in Libyen während der nächsten Monate kaum an Fahrt gewinnen dürften. Propheten eines bevorstehenden Auseinanderbrechens des Landes weisen oft darauf hin, dass Libyen als politische Einheit erst unter italienischer Kolonialherrschaft im zwanzigsten Jahrhundert entstand. Zudem war Libyen nach der Erlangung der Unabhängigkeit 1951 zunächst ein Föderalstaat mit separater Verwaltung und legislativen Versammlungen in jeder der drei Regionen: Cyrenaika, Tripolitanien und dem Fezzan im Süden. Die Bedeutung dieses historischen Hintergrundes wird jedoch oft überbewertet. Die 1951 geschaffenen Einheiten waren eine Neuheit für viele lokale Gruppen, die sich bis dahin staatlicher Kontrolle weitgehend entzogen hatten. Schon 1963 wurde das föderale System wieder abgeschafft, nachdem die einsetzende Erdölproduktion die Macht der Zentralregierung gestärkt hatte. Die föderale Erfahrung war also nur von kurzer Dauer.

Vor allem führte der Bürgerkrieg von 2011 zu einem Aufstieg lokaler Akteure: Räte und Milizen, die sich auf der Basis einzelner Städte oder Stämme bildeten – weitaus seltener auf regionaler und nationaler Ebene. Der Stärke dieser neuen Machtzentren steht die Schwäche der Zentralregierung gegenüber, die nicht in der Lage ist, das Staatsgebiet zu kontrollieren. Auf der lokalen Ebene herrscht eine starke politische Dynamik. In Misrata fanden Wahlen für den Lokalrat statt; weitere Städte haben Urnengänge geplant. Nationale politische Kräfte befinden sich dagegen noch in der Anfangsphase. Somit dürften lokale Akteure die Wahlen zur Generalversammlung dominieren, die für Juni 2012 angesetzt sind. Drei Fünftel der Abgeordneten sollen auf Basis einzelner Wahlbezirke in die Versammlung einziehen. Folglich wird auch nach den Wahlen die Politik vom Konkurrenzkampf lokaler Akteure gekennzeichnet sein.

Die Dominanz lokaler Interessengruppen zeigt sich auch in den Konflikten, die sich während der letzten Monate entwickelt haben. Milizen einzelner Städte oder Stämme lieferten sich in einigen Regionen heftige Gefechte. Bisher haben sie kaum Versuche unternommen, sich mit anderen Kräften auf nationaler Ebene zu verbünden. Die lokale Verankerung hat bisher eine Ausweitung der Konflikte verhindert. Solche Spannungen sind im Westen und Süden des Landes stärker als in der Cyrenaika. Doch auch dort herrscht Rivalität zwischen lokalen Akteuren. Die verschiedenen Gruppen im Nordosten werden kaum gemeinsam auf regionale Autonomie hinarbeiten. Gemeinsames Interesse besteht dagegen an der Dezentralisierung auf lokaler Ebene, womit Städte und Stämme ihren neu gewonnenen Einfluss zementieren könnten. Dezentralisierung genießt breite Unterstützung – im Gegensatz zu Föderalismus, der als Rezept für die Aufspaltung des Landes gesehen wird.

Die Kontroverse um Föderalismus läutet die Debatte über die Fundamente des libyschen Staates ein. Nach den Wahlen steht die Ausarbeitung der Verfassung an; der Übergangsrat hat den Zeitraum für diesen Prozess auf vier Monate ausgeweitet. Das ist wenig Zeit in einer Situation, in der es keine Basis gibt, auf der man aufbauen könnte – denn Ghadhafis Libyen besass keine Verfassung.

Wolfram Lacher ist Nordafrika-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

© Neue Zürcher Zeitung, <http://www.nzz.ch>
Publikation mit ausdrücklicher Zustimmung der Neuen Zürcher Zeitung.